



Dr. Manuela Schmidt – Ihre direkt gewählte Abgeordnete
für Marzahn-Mitte

Willkommen für die neuen Nachbar*innen!

**Dr. Manuela
Schmidt**

Mitglied des
Abgeordnetenhauses von
Berlin

Ihre direkt gewählte
Abgeordnete

Im Abgeordnetenhaus:
Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin
Tel.: 030/23252530

E-Mail:
schmidt@linksfraktion-
berlin.de

Im Abgeordnetenbüro:
Helene-Weigel-Platz 7
12681 Berlin
Tel.: 030/54980323
E-Mail: buero@dr-
manuela-schmidt.de

Öffnungszeiten:
Mo: 15:00 – 18:00
Di: 10:00 – 12:00
Mi: 14:00 – 16:00
Fr: 10:00 – 12:00

Im Web:
www.dr-manuela-
schmidt.de

Auf Facebook:
www.facebook.com/
drmanuelaschmidt

DIE LINKE.
IM ABGEORNETENHAUS
VON BERLIN

Liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

in den vergangenen Tagen und Wochen haben Sie den Medien immer wieder neue Meldungen zu geplanten Flüchtlingsunterkünften in Marzahn-Hellersdorf entnehmen können. Bei den vielen – oft widersprüchlichen – Aussagen des Berliner Senats ist die Skepsis nachvollziehbar, dass die Regierenden nicht in der Lage sind, die menschenwürdige Unterbringung der vielen Schutzsuchenden zu organisieren. Anstatt tragfähige Konzepte vorzulegen, scheitern SPD und CDU bei der Bewältigung dieser drängenden Frage und ergehen sich dann in gegenseitiger Schuldzuweisung. Dabei bleibt die wichtige Aufgabe der Information der Bürgerinnen und Bürger vor Ort auf der Strecke.

Nachdem auch der Bezirksbürgermeister Marzahn-Hellersdorfs Stefan Komoß (SPD) eher zur Verwirrung als zur Klärung und Information der Bürgerinnen und Bürger beitrug, scheint es nunmehr eine Einigung zu geben. Die Senatsverwaltung für Finanzen hat eine mit den Bezirken abgestimmte Liste der Standorte für Modulare Flüchtlingsunterkünfte (MUFs) und Container veröffentlicht. In Marzahn-Mitte wurden zwei Standorte für MUFs ausgewählt: Zwischen der Märkischen Allee und der Martha-Arendsee-Straße und in der Rudolf-Leonhard-Str. 13 – unter der Voraussetzung, dass die nebenliegende Sporthalle frei wird. Alle weiteren Standorte, die in den Medien und sozialen Netzwerken genannt wurden, sind nicht Teil der Senatsliste. Auch die Standorte für Unterkünfte, die auf Flächen für Schulneubauten geplant waren, sind vom Tisch.

DIE LINKE streitet für eine menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten – am besten in Wohnungen. Durch die angespannte Lage auf dem Berliner Wohnungsmarkt ist dies jedoch zur Zeit nicht realistisch. Um eine Integration der Geflüchteten überhaupt zu ermöglichen, müssen Gemeinschaftsunterkünfte aber gleichmäßig im Stadtgebiet verteilt werden. Aus unserer Sicht muss bei der Auswahl der Standorte immer berücksichtigt werden, dass bereits geplante Bauvorhaben wie Schulen und Kindergärten, aber auch dringend benötigte Wohnungen nicht verloren gehen. Auch die Kinder Geflüchteter haben das Recht auf Bildung in bezirklichen Schulen und nicht, wie nun geplant, in den Unterkünften selbst. Deshalb müssen die Schulplatzkapazitäten erweitert und neue Unterkünfte und soziale Infrastruktur zusammen gedacht werden. Geplante Schulbauten dürfen nicht als Mittel zum Zweck der Argumentation gegen Unterkünfte missbraucht werden.

Dr. Manuela Schmidt